

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1947**

36 (3.9.1947)

# Badisches VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 36

Mannheim, den 3. September 1947

Preis 15 Pfg.

## Bankerott des Erfassungssystems bewiesen

Festgesetzte Ablieferungsquote für Brotgetreide in Württemberg-Baden liegt um 55 000 t unter dem Erntestand / Stichproben der Militärregierung beweisen die Fehleinschätzung des Landwirtschaftsministeriums / Schluß mit der Mißwirtschaft

Stichproben der Militärregierung für Württemberg-Baden haben ergeben, daß die festgesetzte vorläufige Ablieferungsquote für Brotgetreide, wie sie durch das Landwirtschaftsministerium erlassen wurde, weit unter den wirklichen Ernteständen liegt. An Stelle der 87 000 t Brotgetreide, mit denen die Schätzung des Landwirtschaftsministeriums rechnete, wird Württemberg-Baden 142 800 t Brotgetreide ernten. Diesen Tatbestand hat der Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden, Dr. Sewall, in einem Brief an den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier unterbreitet und den Rat erteilt, neue Ablieferungsquoten festzusetzen, die den wirklichen Ernteständen gerecht werden.

Dem Schritt des Direktors der Militärregierung war eine eingehende Prüfungsaktion durch Beamte und Offiziere der USA-Militärregierung in Württemberg und Baden vorausgegangen. In mehr als tausend Stichproben, unter Berücksichtigung der verschiedenen Bodenqualitäten, war das Ergebnis von 142 800 t gegenüber vorher geschätzten 87 000 t Brotgetreide ermittelt worden.

Der Unterschied der beiden Ziffern ist riesengroß. Er berechtigt, einfach von einem Bankerott des bisherigen Erfassungssystems und der Tätigkeit des Landwirtschaftsministeriums unter der Führung Dr. Stooß' zu sprechen. Seit Jahr und Tag wird an Erfassungssystemen herumlaboriert, wächst die Bürokratie ins Riesengroße, und das Ergebnis ist dann eine solch erschütternde Mißwirtschaft.

Die Rechtfertigungsversuche, die unternommen werden, verstärken nur den Eindruck, daß sich auf dem wichtigsten Sektor unseres Lebens schlechter Wille mit Unfähigkeit paart. Es hindert niemand das Landwirtschaftsministerium, Methoden zur Anwendung und zur Entfaltung zu bringen, wie sie von der Militärregierung nunmehr vordemonstriert wurden. Darin liegt das Besondere, daß die Militärregierung sich bemühen mußte, den Dingen etwas auf den Grund zu gehen, um den wirklichen Erntestand zu ermitteln. Wie oft sind schon Maßnahmen gefordert und gerade von der KPD vorgeschlagen worden, um Klarheit in die Verhältnisse zu bringen, wo dies so bitter notwendig ist, denn es geht um Leben und Existenz unseres Volkes. Warum begegnet die Forderung, aus den Vertretern der Gewerkschaften und des Bauernums selber Ausschüsse einzusetzen, die sich mit der Planung, Erfassung und Kontrolle der Erzeugung befassen, so wütender Gegenwehr der reaktionären Kreise und ihrer Bürokratie? Eines kann mit Deutlichkeit gesagt werden: das, was jetzt die Kontrolle der Militärregierung zugunsten förderte, wäre nicht möglich gewesen, wenn diese bestünden. Auch das nicht, daß die Bauern von der industriellen Produktion nur etwas auf dem Wege über den Schwarzen Markt zu sehen bekommen.

wesen, wenn diese bestünden. Auch das nicht, daß die Bauern von der industriellen Produktion nur etwas auf dem Wege über den Schwarzen Markt zu sehen bekommen.

Mißwirtschaft in Kontrolle und Erfassung der Produktion können wir uns wahrhaftig angesichts der schlechten Ernteaufträge, wie sie durch die anhaltende Dürre bedingt sind, nicht leisten. Welch Eingeständnis des Bankerotts kommt in den Worten, die das Mißverhältnis der beiden erörterten Zahlen „erklären“ sollen, zum Ausdruck: „Die tatsächlich angebaute Ackerfläche wird vor dem Herbst nicht bekannt sein.“ Es kann nicht länger geduldet werden, daß mit der jetzt wieder

offenbar gewordenen Leichtfertigkeit, mit dieser beispiellosen Unfähigkeit weiter gewirtschaftet und mit dem Leben des Volkes gespielt wird. Landwirtschaftsminister Stooß, die Ernährungsbürokratie muß zur Verantwortung gezogen und Parteien und Gewerkschaften zu konkreter Stellungnahme aufgefordert werden.

W. G.

## Die Spekulation mit Getreide in Amerika

Manöver der Getreidekönige Amerikas und Kanadas

Aus Kanada kommt die Nachricht, daß die Weizenernte um 62 Millionen und die Haferernte um 100 Millionen Scheffel hinter der vorjährigen Ernte zurückgeblieben sei. Andere Meldungen sprechen von Mißernten in den USA.

Systematisch wird der Eindruck erweckt, als ob mit einer Getreideausfuhr aus Kanada und Amerika nicht gerechnet werden könne. Verfolgt man jedoch die alten Jahrgänge der Tageszeitungen, so findet man regelmäßig um diese Periode derartige Meldungen. Was ist die Ursache hierfür? Die Getreidekönige Torontos und Chicagos wollen dadurch die Nachfrage nach Weizen und Futtermittel — das ist der eigentliche Zweck — die Preise hochtreiben.

Nun, in diesem Jahre können sich die Getreidekönige dieses Manöver noch leisten; denn der Hunger in

Europa, in Asien, ist noch zu groß und die Abhängigkeit vom Getreide Kanadas und der Vereinigten Staaten nicht zu umgehen. Und doch tritt schon ein getreideexportierendes Land — die Sowjetunion — auf den Plan, das nicht an der Notlage der Völker Europas und Asiens Profit machen will, sondern helfen wird, im Interesse der hungernden Völker die Getreidepreise zu regulieren.

Verwandern erleichtert die große Gefahr hinter sich sieht. So glaubt die Reaktion sich gesichert und die Zeit vorbei, wo das Volk ihrer Herrschaft gefährlich werden konnte. Reaktionäre Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands bemühen sich, ohne auf die Stimme des deutschen Volkes zu hören, Deutschland in viele Teile zu zerstückeln. Doch zwei Jahre Entwicklung seit 1945 beweisen, daß Hunger, Not und Kälte nur durch die Einheit Deutschlands überwunden werden können. Wenn dieser Kampf bisher noch nicht erfolgreich war, so nur deshalb, weil die Einheit der Arbeiter bisher verhindert werden konnte. Die Ausführungen des Genossen Grimm, welche die Grundlage abgaben für eine rege Aussprache, bei der sich besonders die Vertreter der Jugend beteiligten, gipfelten in der Unterbreitung der Feststellung des Resolutionsentwurfs zum 2. Parteitag der SED, daß es keinen anderen Weg zur Behebung der Not und zum Kampf gegen die drohende Winterkälte gibt, als die Selbsthilfe des deutschen Volkes, die Herstellung einer festen demokratischen Ordnung und die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

## Einheit Deutschlands überwindet Hunger und Kälte!

Größte Parteiarbeiterkonferenz der KPD seit 1945 in Mannheim

In der bisher bestbesuchten Parteiarbeiterkonferenz seit 1945 in den Motorenwerken Mannheim sprach der 1. Vorsitzende des Landesbezirks der KPD vor über vierhundert Funktionären zur Vorbereitung des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Kommunistische Partei ist durch ihre Arbeitgemeinschaft, aber noch mehr durch die Anerkennung ihrer Grundsätze und Ziele im Kampf um die Einheit Deutschlands mit der SED verbunden. In allen Parteien wird deshalb in freier Aussprache Stellung zu dem Resolutionsentwurf des Parteivorstandes der SED, wie er zum 2. Parteitag vorliegt, Stellung genommen.

Grundsätze und Ziele der SED haben in der Zeit einer sich in den Westzonen verstärkenden Reaktion nichts an Gültigkeit verloren. Die gegenwärtige Lage einzuschätzen, Abrechnung zu halten über die Kräfte, die zur Katastrophe führten und heute bereits wieder am Werk sind, die Zerreißen Deutschlands zu einer endgültigen zu machen, Heerschau zu halten über die Kräfte der Arbeiterbewegung, die wenn sie sich über alles Trennende hinweg voll einsetzen, in der Lage

sind, alle fortschrittlichen Menschen in einer umfassenden Volksbewegung zusammenzuführen, um das frühere und gegenwärtige Verhältnis der deutschen Politik zu überwinden, ist die Aufgabe, die mit dem Resolutionsentwurf der SED klar umrissen wird.

Genosse Grimm zeigte das Wirken der verschiedenartigen Kräfte auf, die die Hauptaufgabe darin sehen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß das deutsche Volk erkennt, in welchem entscheidenden Maße es nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt des Geschehens und damit Herr seines eigenen Schicksals ist. Eine große Möglichkeit war dem deutschen Volke 1945 gegeben, die es nicht in allen Teilen Deutschlands in gleichem Maße nutzen konnte. Auch im Westen Deutschlands war und ist ein breiter Raum gegeben für das Wollen der Werktätigen, der nicht gebunden ist an Verhandlungen und Konferenzen in Paris, London oder Washington. Die Reaktion erkannte das und hat die Stunde genutzt. Sie gleicht heute, wie Genosse Grimm in einem treffenden Bild bemerkte, dem Reiter über den Bodensee, der zu seinem

gefängene, sondern mehr als vier Millionen befinden. Die deutschen amtlichen Feststellungen über die Zahlen der Kriegsgefangenen zeigen, wie skrupellos nicht nur gelogen, sondern wie auch bedenkenlos mit den Angehörigen der Kriegsoffer geschändet worden sind, wenn es gilt, politisches Kapital zu schlagen. Nicht, daß jene Kreise, die es tun, sich dabei nicht im Klaren wären, daß der Tag kommt, an dem ihr Lügengespinnt zerfällt, aber sie rechnen, daß mittlerweile ihre Hetze das von ihnen gewünschte Ergebnis gezeitigt hat.

## Zusammengebrochene Kriegsgefangenenhetze

Kriegsgefangenenzahlen Molotows als richtig bestätigt

Vor deutschen Pressevertretern berichtete der Referent des Ausschusses für Kriegsgefangene beim Länderrat u. a., über die errechneten Kriegsgefangenen- und Vermisstenzahlen. 394 800 Kriegsgefangene und 425 000 Vermisste sind in der USA-Zone gemeldet. Auf die Gesamtbevölkerung Deutschlands von 64,8 Mill. Einwohner entfallen noch 1 529 000 Kriegsgefangene und 1 652 000 Vermisste. 54 Prozent der Kriegsgefangenen entfielen auf die Sowjetunion. Die von Außenminister Molotow während der Moskauer Konferenz veröffent-

lichten Ziffern sind damit durch das Resultat der deutschen Nachforschungen bestätigt worden.

Damit ist eine der infamsten Hetzen gegen die Sowjetunion, die in Deutschland bewußt gegen die SED und KPD geführt wurde, zusammengebrochen. Wir erinnern uns dabei, daß der sozialdemokratische Parteivorstand an der Spitze dieser Hetze stand, als er verkündete, daß in Rußland nicht, wie Molotow angedeutet hatte, sich 890 000 Kriegs-

gefängene, sondern mehr als vier Millionen befinden. Die deutschen amtlichen Feststellungen über die Zahlen der Kriegsgefangenen zeigen, wie skrupellos nicht nur gelogen, sondern wie auch bedenkenlos mit den Angehörigen der Kriegsoffer geschändet worden sind, wenn es gilt, politisches Kapital zu schlagen. Nicht, daß jene Kreise, die es tun, sich dabei nicht im Klaren wären, daß der Tag kommt, an dem ihr Lügengespinnt zerfällt, aber sie rechnen, daß mittlerweile ihre Hetze das von ihnen gewünschte Ergebnis gezeitigt hat.

## Gegen Diktatur der Besitzenden des In- und Auslandes

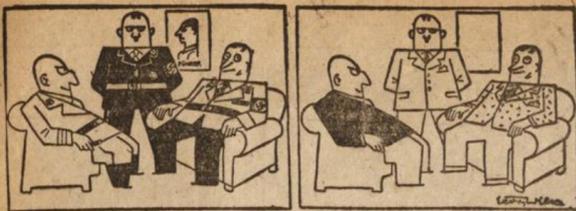
FDGB verwirft imperialistische Anleihepolitik

Auf einer Konferenz der Vorstände der Industrie-Gewerkschaften der Berliner Ausschüsse, des Berliner FDGB, berichtete Hermann Schlimme und Nikolaus Bernhard über die Prager Tagung des Weltgewerkschaftsbundes und die 5. Interzonenkonferenz in Badenweiler.

Schlimme warnte davor, auf Anleiheversprechungen ausländischer Finanzmagnaten Hoffnungen zu setzen. Eine Verfühlung der deutschen Wirtschaft mit der amerikanischen Hochfinanz habe Deutschland schon einmal in eine Krise des USA-Kapitalismus hineingerissen. Die Folgen waren ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, Arbeitslosigkeit und eine politische Entrechtung, die schließlich mit dem Machtantritt Hitlers endete. Deutschland dürfe nicht zum ausgebeuteten Wohlfahrtsempfänger der Welt werden. Die Ueberführung der Grundindustrie in die Hand des Volkes sei kein Experiment, vielmehr die erste Voraussetzung jeder Friedenssicherung. Nik. Bernhard teilt in seinem

Bericht über die Badenweiler Konferenz mit, daß dort die Vertreter der sowjetischen Zone nachdrücklich für eine gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit eingetreten seien. Unternehmerverbände lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab, erklärte Bernhard weiter. Wir denken auch nicht daran, mit den in Berlin illegal arbeitenden Innungen Verträge abzuschließen. Das Koalitionsrecht für Arbeitgeberverbände kann nur eine neue Diktatur der Besitzenden zum Ergebnis haben. Mit Unternehmern kann es daher keine Zusammenarbeit, sondern nur Kampf geben. In der Aussprache wurde von mehreren Vertretern des verhängnisvollen Auswirkens des Marshallplanes aufgezeigt und darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, die deutsche Wirtschaft heber unter größeren Schwierigkeiten, aber aus eigener Kraft aufzubauen, als durch politische Kredite die Profite des deutschen und internationalen Monopolkapitals zu vergrößern und dadurch Deutschland auf den Status einer Kolonie herabzudrücken.

In der Entschließung, die die Konferenz bei 2 Stimmenhaltungen annahm, heißt es wörtlich: „Die Gewerkschaften sehen mit Besorgnis die Bestrebungen deutscher und ausländischer Kapitalisten und gewisse Erklärungen verantwortlicher Staatsmänner, die dem deutschen Volke einen anderen Weg aufzuzeigen wollen. Kurzfristige Kredite für Rohstoffe und Lebensmittel erleichtern den deutschen Neuaufbau, wenn sie nicht mit politischen Bedingungen verknüpft sind, wie z. B. die Verhinderung der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie durch föderative Aufspaltung Deutschlands, durch die Verhinderung der Verstaatlichung entscheidender Schlüsselindustrien, des Kredit- und Bankwesens, unter Ablehnung für das Ruhrgebiet eine verantwortliche deutsche Verwaltung, unter gemeinsamer Kontrolle aller Alliierten zu schaffen. Durch die Verweigerung des vollen Mitbestimmungsrechts der Gewerkschaften und die mangelhafte Entnazifizierung wird — wie nach 1918 — jede wirkliche Demokratie verhindert!“



Nach 1918 hieß es mit Recht: „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“ Heute muß es für Süd- und Westdeutschland heißen:

## Die Hitler und Himmler gingen, aber ihre Auftraggeber blieben!

Das sind die Junker und die Herren der Großbanken, Trusts, Konzerne, Syndikate und Kartelle. Ohne ihre Enteignung und Bestrafung gibt es keine Demokratie und keine Erneuerung des Friedens!

(Aus dem Resolutionsentwurf zum 2. Parteitag der SED.)

## Zum Industrieplan

Inzwischen ist das Ergebnis der Dreimächtebesprechung in London bekanntgegeben worden. Ein neuer Industrieplan für die Westzonen Deutschlands, der die Höhe der Stahlproduktion auf 10,7 Millionen gegenüber den 7,5 des Potsdamer Abkommens und den 5,8 Millionen tatsächlich genehmigter Stahlproduktion festsetzt, wird als Ergebnis besprochen. Dieser Industrieplan soll die Voraussetzung der Gesundheit Deutschlands und der Ueberwindung der gegenwärtig bestehenden katastrophalen Wirtschaftsverhältnisse sein.

Sachlich wäre dazu zu sagen, daß wir in den Westzonen Deutschlands bisher nicht daran krankten, in einer der festgesetzten Produktionsgrenzen eine Schranke empfunden zu haben. Die tatsächliche Produktion lag und liegt heute noch um die Hälfte unter der unmöglich niedrig festgesetzten Produktionsziffer. Der Sinn der Londoner Konferenz dürfte aber eben auch nicht darin bestanden haben, eine neue Ziffer unserer Stahlproduktion festzusetzen, denn unter den Alliierten bestand seit dem Vorschlag Molotows auf der Moskauer Konferenz, die deutsche Stahlkapazität auf 10-12 Mill. Tonnen zu erhöhen, prinzipiell keine Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit, eine Erhöhung vorzunehmen. Bei diesen Voraussetzungen wäre nicht ersichtlich gewesen, warum die Sowjetunion von der Teilnahme an dieser Konferenz ausgeschlossen wurde, es ist aber auch nicht ohne weiteres zu ersehen, daß, nachdem schon Einmütigkeit zwischen den USA und England über den jetzt bekanntgewordenen Industrieplan bestand, zu seiner Veröffentlichung die Londoner Konferenz notwendig gewesen ist.

Die Londoner Dreimächtekonferenz ist trotz ihres Industrieplanes ohne sonderlich positives Ergebnis zu Ende gegangen. Ihr Sinn bestand einzig und allein darin, Frankreich auf dieser Konferenz für den Industrieplan und für die Politik der Ignorierung des Potsdamer Abkommens zu gewinnen. Der Preis dafür wäre, wie schon einmal während der Moskauer Konferenz, Zugeständnisse in der Lieferung an Kohle für Frankreich gewesen. Was damals zugestanden wurde, hat sich schnell angesichts der tatsächlichen Entwicklung als Illusion erwiesen. Die

gleiche Gefahr sieht Frankreich auch heute. Es hat sich, auf deutsch gesagt, nicht ködern lassen. Frankreichs Hände sind auf der bevorstehenden Londoner Konferenz der Außenminister noch nicht gebunden. Wenn auch nicht ausgesprochen, läßt Frankreichs Haltung den Schluß zu, in der Industriehöhe Deutschlands eine Angelegenheit der großen Vier zu sehen. Ebenfalls ist man sich bei der Gelegenheit klar geworden, daß damit Frankreichs Stellung zum Marshall-Plan noch keine endgültige ist.

Die Schatten, die auf der USA-Politik liegen, sind nicht aufgehellt worden. Von sowjetrussischer Seite wird der Einwand erhoben, daß mit dem Vorgehen der USA auf der Londoner Konferenz Deutschland zerstört und das Potsdamer Abkommen gebrochen wurde. Die Sowjetunion wendet sich nicht gegen Erhöhung des deutschen Industrielevels, aber dagegen, das es einseitig jenseits bestehender internationaler Abmachungen vollzogen wird.

In der Frage des deutschen Industrielevels erweist sich, daß der von den USA in Europa verfolgte Marshall-Plan zu seiner Verwirklichung den Bruch des Potsdamer Abkommens nötig macht. Die Politik der Schaffung von Tatsachen soll es genügend aushöhlen, damit es auf der kommenden Londoner Konferenz der Außenminister ad acta gelegt werden kann.

Die „Yorkshire Post“ schreibt: „Ein zusammengebrochenes Deutschland ist eine wirtschaftliche Katastrophe; ein starkes Deutschland ist eine internationale Gefahr.“

Man könnte sagen: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“ Und doch: Eine dritte Seele hat sich breit gemacht, nimmt diesen beiden mehr und mehr den Raum weg. Es ist die des amerikanischen Dollarimperialismus. Die Erkenntnis wächst, daß die westdeutsche Industrie Eckpfeiler des Marshall-Plans werden soll. Geht es dabei nur um die Beherrschung Westdeutschlands? Die Sorge wird größer, daß in der Beherrschung der westdeutschen Industrie der Schlüssel für die USA liegt, Europa zu beherrschen. Ein Gesichtspunkt, der mehr und mehr in den Betrachtungen, die über das deutsche Industrielevel, wie es jetzt in London verkündet wurde, in den Zeitungen des Auslandes ihren Ausdruck findet.

## Schumacher-Sozialismus

Rückfall in reaktionäre Utopie

Die Schumacherleute haben den Marxismus und die materialistische Geschichtsauffassung als lästigen Ballast über Bord geworfen. Die kulturpolitische Tagung der SPD in Ziegenhain hat diese Tatsache noch einmal unterstrichen. Die politische Praxis der Partei und die Schreibweise der Parteiblätter bestätigen diese Tatsache täglich aufs neue. Da schreibt z. B. „Der Sozialdemokrat“ vom 22. August in einem Artikel, betitelt „Der Gordische Knoten“, daß zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes in der Welt, zur Schaffung eines friedlichen Daseins und einer besseren Zukunft der Anreiz notwendig sei, der nur von den Mächtigen dieser Erde ausgehen könne.

Man erinnere sich daran, daß sich einst die Utopisten in genialer Weise das Zukunftsbild des Sozialismus ausmalten, aber in Unkenntnis der Bewegungsgesetze der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, alles Heil einzig und allein von der Einsicht der Mächtigen der Erde, den Königen und Fürsten, den Herrschern des Absolutismus erwarteten. Dieser utopische Sozialismus wurde zur Wissenschaft, als der Marxismus den Zusammenhang zwischen Klassenkampf, Arbeiterbewegung und sozialistischem Ziel herstellte. Die Schumacherleute von heute wiederholen den Irrtum der Utopisten und appellieren an die ihrer Meinung nach Allmächtigen der heutigen Zeit, die Wallstreetmagnaten, sich doch mit den Dollaranleihen zu beeilen. Offensichtlich schwebt ihnen dabei auch die utopische Theorie Kautskys vom „Ge-

neralkartell“ vor, von der Entwicklung der amerikanischen Monopole zu einem Weltkartell, weshalb sie scheinbar in den Weltwirtschaftsanforderungen der Wallstreetmagnaten etwas Fortschrittliches erblicken. Man werde eben einfach, sei das „Weltkartell“ gebildet, die heutigen Herrscher zur Einsicht bringen, daß sie auf ihre Machtpositionen freiwillig Verzicht leisten müßten und dann sei der Sozialismus Wirklichkeit. Die Unkenntnis der Utopisten von der historischen Rolle und Kraft der Massen und Völker unter den damaligen historischen Bedingungen war verständlich, die Verleugnung dieser Rolle und Kraft der Massen durch die Schumacherleute nach den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen ist reaktionär. Der Schumacher-Sozialismus ersetzt die Lehre von einer wahrhaft sozialistischen Politik, gestützt auf die Einheit und Kraft der Werktätigen, durch den Glauben an den Dollarsegen der Wallstreetmagnaten, der für Deutschland Verschuldung, unerträgliche Zinsenlast, Preisgabe der Nationalisierung, nationale Zerissenheit und koloniale Versklavung zur Folge hätte. Dieser Schumacher-Sozialismus, der sich als „demokratischer Sozialismus“ tarnt, fördert die reaktionären Pläne, indem er die Massen vom demokratischen Weg zum Sozialismus abbringen und sie von der konkreten Gegenwartsaufgabe, von der restlosen Ausschaltung und Entmachtung der Konzernherren, Junker und Militaristen durch Einheits- und Demokratisierung abhalten will.

## Der Kontrast

„Die sicherste Methode, Ideen zu verbreiten, ist der Versuch, sie zu unterdrücken.“ (General Clay, amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland, auf einer Pressekonferenz in Frankfurt.)

Verbot der Zeitung „Tribüne der Demokratie“, sowie sämtlicher Publikationen der KPD in Bremen.

Verbot der „Niedersächsischen Volkstimme“ (Hannover) für das Land Bremen.

Verbot des Verkaufs der „Niedersächsischen Volkstimme“ auf dem Gelände der hannoverschen Exportmesse durch den nazistischen Messeleiter.

Lizenzierung für den Mithrasausbeber der „Frankfurter Rundschau“, Carlebach, einem anerkannten antifaschistischen Vorkämpfer der Demokratie.

Nichtbeförderung oder Zurücksendung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ durch reaktionäre Postbehörden in Süddeutschland.

## AUS ALLER WELT

In der Zeebe Morison-Nord in der Nähe von Durham (England) ereignete sich eine Bombenexplosion. Bisher wurden 15 Tote, Schwerverletzte und 19 Vermisste gemeldet. Die genaue Anzahl der Vermissten steht noch nicht fest. (Neues Deutschland, 24. 8. 47.)

Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung“ bewährte Binnemark eine Anleihe in Höhe von 40 Millionen Dollar. (Neues Deutschland, 24. 8. 47.)

Die Kommunistische Partei in den USA soll für ungesetzlich erklärt und von Mitgliedern oder Anhängern in keinem öffentlichen Amt beschäftigt werden, heißt es in einer Entschließung des amerikanischen Kriegsteilnehmer-Verbandes. (NZ, 2. 8. 47.)

624 000 Tote hatte Polen während des Krieges zu beklagen, geht aus einem in Berlin veröffentlichten Bericht des polnischen Militärmissioners hervor. (NZ, 2. 8. 47.)

